

Titel Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.

AntragstellerInnen

Zur Weiterleitung an

Unsere Antwort: SPD auf Links wenden.

1 Programmatisch – Personell – Strukturell

2 **I. Ausgangslage**

3 Wir stellen fest: Ein Jahr nach der Bundestagswahl befindet sich die SPD in einem noch desolateren Zustand als
4 am Wahlabend des 24. September 2017. Der Kurs der Parteiführung, die Bürgerinnen und Bürger durch gute
5 und gewissenhafte Regierungsarbeit von der SPD zu überzeugen, trägt keine Früchte und muss mittlerweile
6 als gescheitert betrachtet werden. Wir Jusos haben bereits Anfang des Jahres Zweifel an dieser politischen
7 Marschrichtung angemeldet und angesichts der Erfahrungen von 2013 bis 2017 herausgestellt, dass die Mo-
8 dernisierung und Neuaufstellung unserer Partei wohl nur jenseits der Großen Koalition erfolgreich sein wird.
9 Dass selbst noch nach den Landtagswahlen in Bayern und Hessen die Losung „Zurück zur Sacharbeit“ ausge-
10 geben wurde, macht uns fassungslos und hat vielerorts den Eindruck entstehen lassen, dass man den Ernst
11 der Lage nicht erkannt habe.

12 Bereits in der Auseinandersetzung um den erneuten Eintritt in die Großen Koalition haben wir Jusos deutlich
13 gemacht, dass der SPD ein ähnliches Schicksal wie ihren Schwesterparteien in den Niederlanden, Griechenland
14 oder Frankreich drohen könnte, wenn sie die notwendigen programmatischen, personellen und strukturellen
15 Veränderungen verschläft. Ideen, wie unsere Partei aufzustellen wäre, um neues Vertrauen zu gewinnen, lie-
16 gen seit längerer Zeit vor, fanden bislang aber selten Eingang in das politische Handeln unserer Führungsspitze.
17 “Die nun vermehrt angegangene kritische Aufarbeitung der rot-grünen Sozialstaatsreformen und den vieler-
18 orts diskutierten Bruch mit den neoliberalen Logiken der Agenda 2010 begrüßen wir Jusos ausdrücklich.“; sie
19 werden allerdings zu einem Zeitpunkt

20 vollzogen, zu dem die Einnahme einer veränderten Haltung von vielen als strategisch motivierter Versuch
21 gewertet wird, die schlechten Umfragen aufzufrischen. Zu lange hat man gezögert, den Bruch mit einer Politik
22 zu suchen, die sinnbildlich für die ideologische Geisterfahrt der letzten 25 Jahre steht. Wir sagen deshalb:
23 Die Rücksichtnahme auf das vermeintliche Vermächtnis der Altvorderen darf nie mehr dazu führen, dass die
24 Zukunftsfähigkeit unserer Partei gefährdet wird.

25 **Erneuerung in Zeiten der Großen Koalition**

26 Trotz der zahlreichen Bekundungen, dass sich die SPD radikal ändern müsse, hat die Schicksalsaufgabe „Er-
27 neuerung“ bis zum Debattencamp im November kaum Fortschritte gemacht. In den letzten Monaten ist zu
28 wenig passiert und zu viele Fehler der Vergangenheit sind wiederholt worden. Die Hoffnung, dass die SPD sich
29 im vierten oder fünften Anlauf nun wirklich erneuern wird, ist nach den Erfahrungen der ersten Monate in
30 der Großen Koalition bei vielen gänzlich erloschen. Nicht nur ein Blick in die Kommentarspalten bei Facebook,
31 Instagram und Co., sondern auch in unsere Ortsvereine, Unterbezirke und Kreisverbände macht dies deutlich.
32 Gerade in letzteren merkt man, dass die Vorbehalte gegen das Spitzenpersonal nach den Rück- und Tiefschlä-
33 gen der letzten Monate zunehmen und der gewährte Vertrauensvorschuss aufgebraucht ist. Immer häufiger
34 hört man, dass die Verantwortungsträger*innen der oberen Parteiebenen nichts aus den Fehlern der letzten
35 Jahre gelernt haben und die selbstformulierten Ansprüche an den Erneuerungsprozess unterlaufen:

36 1. a) Die SPD hat bis heute kaum den Mut aufgebracht, auf zentralen politischen Konfliktfeldern eindeutig
37 Stellung zu beziehen und über die gegenwärtige Regierungsarbeit hinauszudenken. Nach wie vor blei-

38 ben wir zu häufig in der Regierungslogik verhaftet – obwohl gegenteiliges vor dem Eintritt in die Große
39 Koalition versprochen wurde. Aus der „Partei des donnernden Sowohl-Als-Auch“ ist die verzagte Par-
40 tei des Weder-Noch geworden. Gerade die Äußerungen zu Hartz IV zeigen aber, dass es auch anders
41 gehen kann. Auch wenn die vorgenommene Distanzierung und der Ausblick auf ein neues Sozialstaats-
42 modell der Zukunft lange überfällig waren, sind sie ein erster Schritt auf dem Weg zur programmati-
43 schen Neuaufstellung unserer Partei. Wir bekräftigen die Parteiführung, den damit eingeschlagenen
44 Kurs der klaren politischen Profilierung fortzusetzen und auf Feldern wie der Steuer-, Asyl-, Migrations-
45 und Umweltpolitik ebenfalls Antworten zu formulieren, die sich nicht in Formelkompromissen erschöp-
46 fen. Kritisch bleibt allerdings, dass die inhaltlichen Debatten der Bundespartei bis zum Debattencamp
47 ausschließlich in den Lenkungsgruppen stattfanden und bislang weder Breiten- noch Tiefenwirkung
48 entfaltet haben. Was in den Lenkungsgruppen passiert und was dort diskutiert wird, ist für große Teil-
49 le der Partei ein Mysterium. Echte Ansatzpunkte zur Teilhabe von Mitgliedern gab es lange Zeit nicht.
50 Die bisherigen Planungen vermitteln eher den Eindruck eines Erneuerungsprozesses von oben. Re-
51 gionalkonferenzen, wie sie für das Jahr 2019 angesetzt sind, haben sich in der Vergangenheit oft als
52 Partizipationsfassaden erwiesen, die dazu genutzt wurden, den vorgegebenen Kurs der Parteiführung
53 zu legitimieren, ohne auf die Einwände der Mitglieder einzugehen. Dieser Fehler darf sich nicht wieder-
54 holen.

55 2. b) Die Neustrukturierung der SPD lahmt, wird zudem schlecht kommuniziert und wirbelt, wie die Ent-
56 scheidung rund um die Historische Kommission gezeigt hat, extrem viel Staub auf. Dass die Vorberei-
57 tungen zur Europawahl bislang noch in den Kinderschuhen stecken und programmatische Festlegun-
58 gen erst im März 2019 getroffen werden, offenbart, dass die SPD an ihrer Spitze bislang keine wahr-
59 nehmbareren Konsequenzen aus den Fehlern der letzten Wahlkämpfe gezogen hat und Defizite in Sachen
60 Kampagnenfähigkeit aufweist. Stringente und termingerechte Prozesse sind jedoch das A und O für ei-
61 ne funktionierende Organisation, die ihre Mitglieder und Parteistrukturen ernst nimmt. Der SPD und
62 ihrem Personal gelingt es darüber hinaus kaum, über den Koalitionsvertrag hinaus eigene Themen auf
63 die politische Agenda zu setzen und positiv in der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Stattdessen über-
64 wiegen Defizitdiskurse, die vor allem das Resultat von selbstverschuldeten politischen Fehlern sind,
65 wie sie zum Beispiel jüngst in der Causa Maaßen gemacht wurden. Die Antwort hierauf kann nicht sein,
66 dass wir uns symbolisch unterhaken und Probleme weglächeln.

67 3. c) Wir Jusos halten nach einem Jahr „Erneuerung“ ernüchtert fest, dass die gebetsmühlenartige Wie-
68 derholung des Mantras „jünger und weiblicher“ kaum etwas an den Chancen für junge Menschen in
69 der SPD geändert hat. Zwar konnten vereinzelt Erfolge für Jusos bei der Wahl von Landes- und Be-
70 zirksvorständen verbucht werden. Doch vor allem die Kandidat*innenaufstellung zur Europawahl hat
71 gezeigt, dass man gerade auf Landes- und Bezirksebene nicht bereit ist, die Funktionslogik der letz-
72 ten Jahrzehnte zu durchbrechen. Es zeigt sich außerdem, dass Personalentscheidungen immer noch
73 zu oft durch den gliederungsdurchsetzenden Regionalproporz dominiert werden anstatt die persön-
74 lichen Fähigkeiten der Kandidierenden in den Vordergrund zu stellen. Wenngleich die Verteilung der
75 Mitglieder im Bundesgebiet ein wichtiger Faktor ist, so darf er nicht der allein entscheidende sein. Stand
76 heute sind alle neuen Juso-Kandidaturen für das Europäische Parlament bei ihrem Versuch, über ih-
77 ren Bezirk oder Landesverband auf einen aussichtsreichen Listenplatz gesetzt zu werden, gescheitert.
78 Erst auf Druck unseres Verbandes konnte erzielt werden, dass der Listenvorschlag des Parteivorstands
79 die Interessen und Repräsentation junger Menschen berücksichtigt. Dass uns Andrea Nahles und Lars
80 Klingbeil an dieser Stelle unterstützt haben, ist für uns bei aller geäußerten Kritik ein wichtiges Zeichen
81 politischer Führung und des Verständnisses für grundlegenden Erneuerungsbedarf. Die Listenaufstel-
82 lung zur Europawahl zeigt zudem, dass die Ursachen für die gegenwärtige Krise der SPD nicht allein
83 in der Bundespartei, sondern auf allen Gliederungsebenen zu suchen sind. Den Funktionär*innen auf
84 Landes- und Bezirksebene sei deshalb zugerufen: Es reicht nicht, Verantwortung für die Neuaufstellung
85 der SPD zu delegieren und über andere, vornehmlich die Bundespartei, zu schimpfen. Echte Erneue-
86 rung beginnt vor Ort und liegt auch in eurer Verantwortung – und in unserer.

87 **GroKo? Weiterhin nein, danke!**

88 Dass es der SPD kaum gelingt, mit den wenigen Ideen, die sie jenseits der Regierungsverantwortung entwickelt,
89 durchzudringen, hat nicht nur mit ihrer inneren Verfasstheit und Aufstellung zu tun, sondern ist vor allem auf
90 die Große Koalition zurückzuführen. Ihr Auftreten unterläuft in nahezu allen Punkten jene Vorgaben, auf die

91 man sich in der Präambel des Koalitionsvertrags verständigt hat. Von neuer Politik, die das Vertrauen in Staat,
92 Parteien und Demokratie erneuert, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Der Dauerstreit in der Große Koalition
93 und vor allem das Auftreten der christdemokratischen bzw. -sozialen Regierungsmitglieder tragen maßgeb-
94 lich zum Glaubwürdigkeitsverlust demokratischer Institutionen bei. Bundeskanzlerin Merkel regiert nach dem
95 Prinzip der organisierten Verantwortungslosigkeit und lässt Bundesinnenminister Seehofer mehrere Monate
96 die politische Agenda der Bundesregierung diktieren. Erst der Asylstreit, dann die Causa Maaßen. Die CSU
97 hat die Republik in Geiselhaft gehalten. Das offene Sympathisieren mit Positionen und Gewährsleuten der
98 radikalen Rechten sowie die mehrfache Infragestellung rechtsstaatsstaatlicher Grundsätze durch den Bun-
99 desinnenminister und weitere Unionsmitglieder machen deutlich, dass mit ihnen keine Regierung zu bilden
100 ist. Die SPD muss sich in dieser Situation deshalb fragen, ob sie eine derart aufgestellte Bundesregierung noch
101 im Amt halten möchte – und zwar unabhängig davon, dass unsere Ministerinnen und Minister auf manchen
102 politischen Feldern konkrete Verbesserungen für die Menschen in unserer Gesellschaft erzielen.

103 Wir Jusos haben aber nicht nur ein Problem mit der Performance der Großen Koalition, sondern kritisieren
104 vor allem ihre politische Ideenlosigkeit. Seitdem der Koalitionsvertrag vorliegt, haben wir mehrfach herausge-
105 stellt, dass es sich um eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners handelt. Der Koalitionsvertrag lässt
106 weitreichende Antworten auf Zukunftsfragen wie Umverteilung, Renten-, Sozial- oder Gesundheitspolitik ver-
107 missen und ist alles in allem ein Bekenntnis zum Status Quo, zum Aussitzen und zum Vertagen von Problemen.
108 Dies liegt weniger an der SPD als an der Union, die in fast allen politischen Bereichen andere politische Ziel-
109 vorstellungen als unsere Partei hat. Infolgedessen ist auch die Abarbeitung von bereits vereinbarten Projekten
110 schwierig: Der groß angekündigte „Pakt für den Rechtsstaat“ ist immer noch nicht umgesetzt. Insbesondere
111 Bayern und NRW – zwei unionsgeführte Bundesländer – blockieren im Bundesrat entsprechende Initiativen
112 für die Finanzierung. Die Finanztransaktionsteuer kommt nicht. Es werden immer noch Waffen in die Länder
113 exportiert, die am Jemenkrieg beteiligt sind. Statt einer fairen Handelspolitik bekamen wir mit JEFTA nun TTIP
114 2.0. Ein humaner Umgang mit Geflüchteten ist mit der Union nicht zu machen. Der Prozess um die Erstellung
115 des Einwanderungsgesetzes dauert – trotz anderslautender Verabredung im Sommer – quälend lang und ob
116 es mit dem Spurwechsel eine Kernforderung der SPD in das Gesetz schaffen wird, ist unklarer denn je.

117 Die Große Koalition schafft es zudem oft nicht, auf tagespolitische Herausforderungen adäquat zu reagie-
118 ren. Bei den Schlussfolgerungen aus dem Diesel-Skandal ist die Industrie bislang aus der Verantwortung ent-
119 lassen worden und wesentliche politische Maßnahmen als Reaktionen auf den größten Steuerbetrug in der
120 bundesdeutschen Geschichte (die Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte) stehen nach wie vor aus. Die Bundes-
121 regierung verletzt mit ihrem (fehlenden) Handeln das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen, die in ihrem
122 Alltag für weit weniger zur Verantwortung gezogen werden, während Konzerne und Banken ohne Angst vor
123 harten Sanktionen nach Belieben schalten und walten dürfen. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Bun-
124 desinnenminister und den Verfassungsschutzpräsidenten Dr. Maaßen verwiesen – ersterer hat bereits zwei
125 Regierungskrisen verursacht, letzterer sollte trotz gravierender Fehler auf eine Stelle mit höherer Besoldung
126 versetzt werden. Die Hoffnung, dass Seehofer nach der Bayernwahl fällt und sich das Problem von alleine er-
127 ledigt, hat sich bisher nicht erfüllt. Und selbst wenn Seehofer seinen Posten räumt bzw. räumen muss, ist das
128 eher Ausdruck unionsinterner Machtkämpfe als unserer politischen Durchsetzungskraft. Die Koalitionskrisen
129 zeigen vielmehr, dass die SPD aus Angst vor einem Ende der Großen Koalition letztlich dazu bereit zu sein
130 scheint, sämtliche Kröten zu schlucken, die ihr vorgesetzt werden. In diesem Jahr waren es die rechtswidrige
131 Fiktion der Nichteinreise und die fehlende Entlassung von Hans-Georg Maaßen aus dem Staatsdienst. Dass
132 letzteres richtig gewesen wäre, wird durch die Tatsache, dass Herr Maaßen sich mittlerweile im einstweiligen
133 Ruhestand befindet, nur noch unterstrichen.

134 **II. SPD. Wie geht's weiter? Unsere Festlegungen**

135 Auch nach dem Ende der Debatte um den Eintritt in die Große Koalition erhalten wir Jusos massiven Zuspruch
136 zu unseren Inhalten und Positionen; sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit setzt man große Hoff-
137 nungen auf unseren Verband, dieser Verantwortung, sowie der Gefahr, diese Erwartungen zu unterlaufen,
138 sind wir uns bewusst. Dennoch wollen wir den Kampf um eine andere, eine moderne und linke SPD entschie-
139 den weiterführen und ein fortschrittliches Angebot an alle formulieren, die sich gegen den gesellschaftlichen
140 Rechtsruck stellen und mit der Zementierung des Status Quo unzufrieden sind. Wir werden die SPD wieder an
141 die Spitze derjenigen gesellschaftlichen Kräfte stellen, die die grundsätzlichen Umwälzungen der Gegenwart
142 emanzipativ gestalten wollen.

143 Eine Voraussetzung zur Einnahme dieser Rolle ist allerdings, dass sich die SPD aus der Gefangenschaft der

144 Regierungszusammenarbeit mit der Union emanzipiert. Deshalb halten wir heute erneut deutlich fest: **Die-**
145 **se Große Koalition war, ist und bleibt ein politischer Fehler.** Die jüngsten Ereignisse unterstreichen die
146 Notwendigkeit, die Regierungszusammenarbeit eher früher als später aufzukündigen. Auch die Landtagswahl-
147 len in Hessen und Bayern haben schließlich bewiesen, dass von der Erneuerung weder bei der Parteibasis
148 noch bei den Wähler*innen etwas ankommt. Daher ist es unerlässlich den Erneuerungsprozess zu beschleu-
149 nigen und damit auch inhaltlich einen echten Neustart zu schaffen. **Wir setzen uns deshalb dafür ein, den**
150 **ordentlichen Parteitag zur Evaluation der Großen Koalition vorzuziehen,** und werden uns parallel da-
151 zu in die programmatische wie personelle Erneuerungsdiskussion einbringen. Wir sind nicht getrieben von
152 Revanchismus oder verletztem Stolz, sondern von Sorge um die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen
153 Sache.

154 **II.1. Mutig den linken Aufbruch wagen! Unsere Ideen für eine linke SPD**

155 In den vergangenen Monaten haben wir in unserem Verband unterschiedliche Möglichkeiten geschaffen und
156 Räume bereitgestellt, um Ideen für die programmatische Neuaufstellung der SPD zu entwickeln. Sowohl auf
157 unseren Verbandswochenenden als auch in unseren Ideenlaboren sind Genossinnen und Genossen aus der
158 ganzen Republik zusammengekommen, um an einem neuen Zukunftsentwurf zu arbeiten. In den Debatten
159 wurde dabei mehrfach die Notwendigkeit betont, die programmatischen Irrwege unserer Partei aufzuarbeiten
160 und progressive Antworten auf die gegenwärtigen Herausforderungen und absehbaren Zukunftsfragen zu fin-
161 den. Deshalb halten wir an unserer Forderung nach **Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms** fest! Die
162 erarbeiteten Zwischenergebnisse aus diesem Jahr wollen wir gemeinsam mit dem Verband weiterentwickeln
163 und in den Diskussionsprozess unserer Mutterpartei einspeisen.

164 Wir lassen uns dabei von unseren Grundwerten und unserer Vorstellung vom demokratischen Sozialismus
165 leiten. Unser Ziel ist die gerechte Gesellschaft, in der politisches und ökonomisches Handeln nicht länger auf
166 das einseitige Erzielen von Gewinnen ausgerichtet ist. Ein Schritt auf diesem Weg muss auch der **Kampf um**
167 **linke Mehrheiten,** konkret für ein **rot-rot-grünes Regierungsprojekt,** auf Bundesebene sein, das Reformen
168 einleitet, die die Grundlage für eine grundsätzliche Veränderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse bil-
169 den. Erreichen wir ein solches rot-rot-grünes Regierungsprojekt, ist damit aber noch nicht unser Ziel erreicht,
170 sondern bloß ein Schritt auf dem Weg dorthin gemacht.

171 Folgende Punkte möchten wir an dieser Stelle besonders hervorheben:

172 *a) Umverteilung und Investitionen – Nehmt es den Reichen, gebt es Allen*

173 Die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe ist für uns Jusos ein wichtiges Anliegen: Um dieses Ziel zu
174 erreichen, müssen wir unseren Blick auf die materiellen Voraussetzungen richten und die himmelschrei-
175 enden Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft angehen. Neben der Primärverteilung über gute Arbeit begreifen
176 wir die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als einen zentralen Ansatzpunkt unseres politischen
177 Handelns. Wir wollen starke Schultern stärker belasten, um der wachsenden Armut und der Ausgrenzung von
178 Menschen einen Riegel vorzuschieben. Gleichzeitig müssen wir durch gerechte steuer- und finanzpolitische
179 Maßnahmen den Spielraum für staatliche Investitionen erweitern und damit die Angebote der öffentlichen
180 Daseinsvorsorge ausbauen – von der Infrastruktur, über die Finanzierung von Kommunen, bis hin zur Kultur-
181 und Bildungspolitik. Sinnvolle und entlastende Maßnahme wären z.B. ein kostenloser öffentlicher Verkehr mit
182 gut ausgebautem Netz sowie der Aufbau staatlicher Wohnbaugesellschaften, die in der Lage sind, den horren-
183 den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu beheben. Daher können schwarze Nullen für uns kein Zweck von
184 Finanzpolitik sein. Die Gerechtigkeit, der Zusammenhalt der Gesellschaft und die Zukunfts- und Innovations-
185 fähigkeit der Wirtschaft hängen an einem Staat, der bereit ist, mutig in die Zukunft zu investieren.

186 Um das Vermögenswachstum und die Kapitalkonzentration in den Händen von wenigen aufzubrechen, for-
187 dern wir eine wirksame Reform der Erbschaftsteuer und eine Reaktivierung der Vermögensteuer. Wir spre-
188 chen uns außerdem für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Erhöhung der Körperschaftsteuer
189 aus. Darüber hinaus bedarf es einer Kapitalertragsteuer, die Einkünfte aus Kapitalvermögen höher besteuert
190 als solche aus Erwerbsarbeit. "Die Gewerbesteuer muss auf breitere Füße gestellt werden. Freiberufler*innen
191 wie Ärzt*innen und Anwalt*innen sind einzubeziehen. Die aktuellen Bestimmungen, welche den Kommunen
192 die Festsetzung der Hebesätze überlassen, führen dazu, dass Städte starke Konkurrenzkämpfe führen und
193 kommunales Steuerdumping betrieben wird. Dies muss beendet werden. Es darf keine deutschen Steueroa-
194 sen geben. Daher muss wieder das Prinzip gelten, wo die Wertschöpfung des Unternehmens stattfindet muss

195 auch gezahlt werden. Ferner muss die Gewerbesteuer so reformiert werden, dass es für Unternehmen nicht
196 mehr möglich ist, Verluste im Ausland mit den Gewinnen vor Ort zu verrechnen.“

197 Wertschöpfung, die im Rahmen des technischen und digitalen Fortschritts zunehmend nicht mehr durch Be-
198 schäftigte, sondern durch Maschinen und Algorithmen erwirtschaftet wird, muss zu einem gerechten Anteil an
199 die Gesellschaft zurückfließen und dabei insbesondere die gerissenen Löcher in den sozialen Sicherungssys-
200 temen schließen. Wir wollen Fortschritt nicht ausbremsen, sondern ihn gesellschaftlich nutzbar machen. Wir
201 ermutigen die Parteispitze deshalb, die begonnenen Diskussionen über eine geeignete Besteuerung dieser
202 Form der Wertschöpfung zu einem praktikablen Ergebnis zu bringen.

203 *b) Weg mit Hartz IV – das Vertrauen in den Sozialstaat wiederherstellen*

204 Viele Menschen in unserer Gesellschaft kämpfen mit Abstiegsängsten. Diese Verunsicherung ist unter ande-
205 rem das Ergebnis des Umbaus des bundesrepublikanischen Sozialstaats unter neoliberalen Vorzeichen. Infol-
206 gedessen wird der Staat vor allem von Menschen, die sich in Krisensituationen wie Armut oder Arbeitslosigkeit
207 befinden, nicht mehr als Partner*in, sondern als bevormundend und gängelnd wahrgenommen. Auch die Spit-
208 ze der SPD sieht mittlerweile ein, dass sich etwas grundlegend ändern muss. Aber wie soll der Sozialstaat der
209 Zukunft aussehen, und was kommt nach Hartz IV?

210 Wir Jusos streben nach einer Gesellschaft, deren Mitglieder solidarisch füreinander einstehen und sich darauf
211 verlassen können, dass sie im Falle von Krisen und Schicksalsschlägen aufgefangen werden. Niemand soll in
212 belastenden Situationen mit der Angst konfrontiert werden, in Armut zu rutschen. Arbeitslosigkeit ist kein in-
213 dividuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem, für das es folglich gesellschaftliche bzw. politische Antwor-
214 ten bedarf. Marktabhängigkeiten sowie der Wandel der Arbeitswelt – inklusive sich permanent verändernder
215 Ausbildungs- und Qualifikationsansprüche an Arbeitnehmer*innen – sind nur zwei von mehreren Ursachen,
216 die Arbeitslosigkeit und den Abstieg in Armut bedingen können.

217 Um darauf adäquat reagieren zu können, brauchen wir Maßnahmen wie das Chancenkonto. Sie sollen jede*n
218 individuell in Bereichen wie Weiterbildung und Qualifikation unterstützen, denn unser Ziel sind Wege in Be-
219 schäftigung und nicht Trostpflaster für strukturelle Erwerbslosigkeit.

220 Eine der maßgeblichen und berechtigten Ängste im Zusammenhang mit den Hartz-Gesetzen ist der extrem
221 schnelle Fall in die Grundsicherung. Die Bezugsdauer im Arbeitslosengeld I wollen wir deshalb, angelehnt an
222 die Dauer der Beschäftigung, grundsätzlich verlängern. Im Bereich des Arbeitslosengeld II wollen wir die Sank-
223 tionen ersatzlos streichen, weil wir die Grundsicherung qua Definition für eine nicht kürzbare Leistung hal-
224 ten.

225 Die Anrechnung von Schonvermögen bei der Anspruchsprüfung auf ALG II-Leistungen muss deutlich ent-
226 schärft werden und das Prinzip der Lebensleistung muss dabei erhalten und ausgebaut werden. Der Regel-
227 satz muss endlich dem soziokulturellen Existenzminimum angepasst werden und damit deutlich steigen. Die
228 schwarz-gelbe Entscheidung aus dem Jahr 2011, wonach der Richtwert für die Regelsätze nicht mehr die Aus-
229 gaben der 20% Haushalte mit den niedrigsten Einkommen ist, sondern nur noch die 15% Haushalte mit den
230 niedrigsten Einkommen, war und ist ein billiger Taschenspielertrick und gehört überwunden. Zusätzliche Ein-
231 zelansprüche (zur Geltendmachung von einmaligen Belastungen des persönlichen Bedarfs wie Waschmaschi-
232 nen o.ä.) sollen zudem ermöglicht werden. Leistungen wie Strom- oder Mobilitätskosten dürfen nicht mehr
233 pauschal veranschlagt werden, sondern müssen den tatsächlichen Bedarf abdecken.

234 Zuverdienstmöglichkeiten müssen großzügiger ausgestaltet werden. Das Lohnabstandsgebot ist dabei wich-
235 tig, sollte aber von einem armutsfesten Mindestlohn her gedacht werden, und nicht von einer möglichst be-
236 scheidenen Grundsicherung.

237 Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften muss abgeschafft und durch individualisierte Ansprüche für jedes
238 Individuum ersetzt werden. Kinder müssen unabhängig davon durch exzellente Infrastruktur und eine Kin-
239 dergrundsicherung abgesichert sein, die das Versprechen der Gleichwertigkeit aller Kinder erfüllt und dem
240 Einkommensteuersatz der Eltern unterstellt ist.

241 Unser Sozialversicherungssystem wollen wir insgesamt so umbauen, dass zukünftig alle Menschen, die er-
242 werbstätig sind, in die Systeme einbezogen werden. Neben der Gesundheits- und Pflegeversicherung, die wir
243 zu einer Bürger*innenversicherung, und der Arbeitslosenversicherung, die wir zu einer Arbeitsversicherung
244 umbauen wollen, soll dieser Schritt auch die Rentenversicherung umfassen. Mit Blick auf diese halten wir es

245 für dringend geboten, das Rentenniveau auf über 50 Prozent anzuheben und ein Leben im Alter ohne Ar-
246 mut zu ermöglichen. Der Steuerzuschuss ist dementsprechend zu erhöhen und beitragsfremde Leistungen
247 zukünftig, ebenso wie eine zu schaffende Mindestrente – die deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegt
248 – für langjährig Versicherte, aus Steuermitteln zu finanzieren. Entwürdigende Bedürftigkeitsprüfungen für die
249 Mindestrente, wie sie die Union möchte, sind ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen und werden von uns
250 abgelehnt. Ebenso wollen wir uns für einen flexibleren Übergang in die Rente starkmachen, wobei wir eine
251 allgemeine Erhöhung des Renteneintrittsalters ausschließen.

252 *c) Gute Arbeit von morgen*

253 In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse drastisch gestiegen. Immer
254 häufiger begegnet man Menschen, die Mehrfachbeschäftigungen nachgehen müssen, 30 bis 40 oder mehr
255 Stunden arbeiten und immer noch von Armut betroffen sind. Wir wollen diese unhaltbaren Zustände und
256 Arbeitsbedingungen, die den Menschen kein sicheres und gutes Leben ermöglichen, überwinden. Um das
257 zu erreichen, sind gesetzliche Regelungen notwendig. Ein mittelfristiges Ziel ist zudem, mehr privat geleis-
258 tete Teilbereiche der Care-Arbeit, wie beispielsweise Pflege von Angehörigen und Erziehung von Kindern, in
259 Erwerbsarbeit zu überführen und zu entlohnen. Langfristig wollen wir Leiharbeit abschaffen. Wir fordern au-
260 ßerdem das Ende von sachgrundloser Befristung und die massive Einschränkung der Sachgründe, um mehr
261 Sicherheit für viele Arbeitnehmer*innen zu schaffen. Durch die Einführung einer sogenannten Befristungsent-
262 schädigung, wollen wir den restlichen befristeten Arbeitnehmer*innen aufgrund der bestehenden Unsicher-
263 heit eine Ausgleichsleistung zukommen lassen. Durch steigende Tarifbindung – insbesondere durch die Allge-
264 meinverbindlichkeit von Tarifverträgen – und eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf eine armutsfeste
265 Höhe von heute mindestens 12,63€ wollen wir auch wieder für eine bessere Entlohnung von Arbeitnehmer*in-
266 nen sorgen. Eine Balance zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu schaffen. Hierbei ist eine neue Arbeitszeitregelung not-
267 wendig, die maximal acht Stunden pro Tag und nicht mehr als 30 Stunden pro Woche umfasst. Ein individuell
268 gestaltbares Recht auf Nichterreichbarkeit kann eine zeitgemäße Antwort auf den Wahn der permanenten Er-
269 reichbarkeit sein und dabei individuelle Wünsche nach Flexibilität berücksichtigen. Die universelle Ausbildung
270 nach Berufsbildern soll erhalten und u.a. mit einem zeitgemäßen Berufsbildungsgesetz dafür gesorgt werden,
271 dass alle Ausbildungsarten eine Vergütung bekommen, von der Auszubildende ihren eigenen Lebensunterhalt
272 bestreiten können.

273 Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen setzt voraus, dass alle Bereiche unseres Lebens demokratisiert wer-
274 den. Die Arbeits- und Wirtschaftswelt ist in diese Forderung eingeschlossen. Wir wollen bisherige demokrati-
275 sche Strukturen in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen erhalten und stärken. Aus diesem Grund fordern
276 wir, dass die Einflussmöglichkeiten von Personal- und Betriebsräten sowie Jugend- und Auszubildendenver-
277 tretungen erweitert werden und wollen die Gründung von Betriebsräten erleichtern. In Betrieben, in denen
278 kein Betriebsrat existiert, soll trotzdem die Möglichkeit bestehen, JAVs zu gründen. Doch das reicht nicht: Um
279 die Wirtschaft weiter zu demokratisieren und gerechter zu gestalten, fordern wir, dass Mitarbeiter*innen auch
280 Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen im Betrieb nehmen. Betriebliche Mitbestimmung muss daher
281 auch unternehmerische Mitbestimmung einschließen.

282 Schließlich muss die Ausweitung der unternehmerischen Mitbestimmung in letzter Konsequenz dazu überge-
283 hen, die Organisation und Ausrichtung des Unternehmens gänzlich in die Hände der Beschäftigten zu übertra-
284 gen. Anders als Manager*innen und kapitalistische Unternehmenseigentümer*innen haben die Beschäftigten
285 nicht nur den Profit ihres Unternehmens als obersten Zweck im Auge, sondern auch andere gesellschaftliche
286 Ziele. Wir können es uns nicht länger leisten, dieses Potential ungenutzt zu lassen. Wir streben daher die
287 schrittweise und gemeinwohlorientierte Vergesellschaftung von Produktionsmitteln an und wollen unsere ge-
288 meinsame Produktion demokratisch und sozialistisch organisieren. Das Vertrauen in den Sozialstaat wieder
289 herzustellen heißt auch, dass es keine Verteilungskämpfe zwischen denen, die wenig haben und denen, die
290 gar nichts haben, geben darf. Die Menschen, die zu uns gekommen sind, müssen auch gut bei uns ankom-
291 men können. Dafür braucht es massive Investitionen in die Integration. Integration ist eine große Aufgabe,
292 die wir nur bewältigen können, wenn wir sie als solche anerkennen. Jeder Mensch soll dieselben Chancen und
293 ein Recht auf Teilhabe in allen Facetten bekommen. Inklusion gehört dabei genauso zu unserem Sozialstaat
294 wie die Integration und diese soll nicht nur auf Neben Bühnen stattfinden, sondern auch in Schulen und dem
295 ersten Arbeitsmarkt.

296 *d) Schulchaos beseitigen – für eine demokratische Schule für alle!*

297 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Sie verteilt Zugangschancen zum Ar-
298 beitsmarkt, hat Einfluss auf die Verteilung materieller Güter und beeinflusst die Art und Weise unserer Le-
299 bensführung. In kaum einem anderen Industrieland hängen die Chancen auf Bildungserfolg aber so stark von
300 der familiären und sozialen Herkunft ab wie in der Bundesrepublik. Dieser Befund ist keineswegs neu, wird
301 seit Jahrzehnten immer wieder festgestellt und beeinflusst die bildungspolitische Debatte seit den sechziger
302 Jahren. Wie wir wissen, hat sich seitdem einiges getan. Vor allem die von Sozialdemokrat*innen vorangetrie-
303 bene Bildungsexpansion der Sechziger und der PISA-Schock im Jahr 2001 haben die Bildungslandschaft nach-
304 haltig verändert; die grundlegenden strukturellen Ursachen für die bestehenden Bildungsungerechtigkeiten
305 wurden allerdings nicht angegangen. Als politischer Handlungsraum gilt heute vor allem die einzelne Schule;
306 diese soll eigenständig Schulkonzepte, Fördermodelle und andere Angebote zur Gestaltung des Schullebens
307 formulieren. An die Frage der übergeordneten Schulstruktur traut sich heute kaum jemand mehr heran. Das
308 gilt insbesondere für unsere Partei. Nach Widerständen von bürgerlichen Elternverbänden und konservativer
309 Interessenvertretungen gegen progressive Reformvorschläge ist die Angst vielerorts groß, durch die Infrage-
310 stellung des mehrgliedrigen Schulsystems und damit insbesondere des Gymnasiums potenzielle Wählerinnen
311 und Wähler zu verschrecken.

312 Dass die Schulstrukturfrage weitestgehend ungestellt bleibt, hat fatale Folgen. In der Bundesrepublik hat sich
313 ein Chaos aus Schulformen und -systemen etabliert, das weder gerecht noch leistungsfähig ist. Vielen jungen
314 Menschen wird ihr Recht auf Bildung und auf individuelle Förderung ihrer Talente verwehrt. Das wollen wir
315 nicht länger hinnehmen. Wir Jusos setzen uns deshalb für eine bundesweite Vereinheitlichung der Schulstruk-
316 turen zugunsten der Einführung einer demokratischen Schule für alle ein! Die selektiv-sozialkonservative
317 Schulstruktur aus vor-demokratischen Zeiten gehört überwunden. Dabei muss endlich klar werden, dass die-
318 se Überwindung Geld kostet und mit der Augenwischerei Schluss sein muss. Wir fordern massive Investitio-
319 nen in den Bildungsbereich, damit Bildung endlich wieder ein Aufstiegsversprechen wird. Nach einer vier- bis
320 sechsjährigen Grundschule fordern wir den Übergang in integrierte Gesamtschulen, die alle Schülerinnen und
321 Schüler am Ende der Sekundarstufe I, also nach dem zehnten Schuljahr, zu einem ersten allgemeinbildenden
322 Bildungsabschluss führen. Dieser Abschluss soll entweder den Weg in eine dreijährige Sekundarstufe II oder
323 in die Berufsbildung ebnen. Die Änderungen der Schulstruktur müssen durch starke demokratische Elementen
324 ergänzt werden. Demokratie darf nicht nur beiläufiger Lerninhalt mancher Fächer sein, sondern muss im
325 Schulalltag jederzeit verankert und erfahrbar sein. Alle Personen müssen sich in den Schulen in den entspre-
326 chenden Gremien auf Augenhöhe begegnen können und dementsprechend gleichberechtigt vertreten sein.
327 Die Handlungsfelder der Gremien müssen breit angelegt sein, exemplarisch sind hier Lerninhalte oder Gestal-
328 tung der Räumlichkeiten zu nennen. Schüler*innenvertretungen sind zu stärken.

329 Wir sind uns bewusst, dass die Einführung der Gesamtschule als alleinige Regelschule für alle Schülerinnen und
330 Schüler nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Gleichwohl haben sich mittlerweile zahlreiche
331 Bundesländer von der Haupt- und Realschule verabschiedet und sind zu einem zweigliedrigen System überge-
332 gangen, das perspektivisch im Sinne einer Demokratisierung und Europäisierung der deutschen Schulstruktur
333 überwunden werden kann. Hierzu ist es jedoch erforderlich, dass in beiden Säulen dieses Zwischenschritts,
334 die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann. Die SPD muss auf diesem Feld ihren alten Reformwil-
335 len wiederfinden und gemeinsam mit den Verantwortlichen ihrer Landesparteien Initiativen zur Reform der
336 Schulstruktur anstoßen.

337 *e) Echte Gleichstellung jetzt – Wir wollen nicht länger warten!*

338 Politik muss sich daran messen lassen, konkret etwas für die Gleichstellung der Geschlechter zu unternehmen.
339 Frauen bekommen in Deutschland durchschnittlich immer noch weniger Lohn als Männer. Sie sind häufiger in
340 Teilzeit beschäftigt und stärker von Altersarmut betroffen. Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten wer-
341 den. Wir brauchen endlich ein funktionierendes Entgeltgleichheitsgesetz. Die Digitalisierung muss auch mit
342 Hinblick auf Gleichstellung als Chance begriffen und gestaltet werden.

343 Es muss sichergestellt werden, dass die Änderungen im Sexualstrafrecht zu „No means no“ wirksam zum Tra-
344 gen kommen und wenn nötig ergänzt werden. Im letzten Jahr wurden 147 Frauen in Deutschland von ihren
345 (Ex-)Partnern getötet und jede dritte Frau wird in ihrem Leben Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt.
346 Die Täter werden viel zu selten verurteilt. Es müssen Strukturen ermöglicht werden, in denen Opfern geglaubt
347 wird und sie Rückhalt erfahren. Beweissicherung in Fällen sexualisierter Gewalt muss ebenso besser organi-
348 siert werden wie die Befragung von Opfern durch Polizei und in juristischen Prozessen. Wir müssen zu einem
349 gesellschaftlichen Umdenken kommen, ein Aufschrei allein, eine #metoo Kampagne allein reicht nicht.

350 Reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung müssen dringend gestärkt werden und in einem ersten Schritt
351 §219a gestrichen werden. Frauenhäuser müssen gestärkt werden und besser finanziert werden. Außerdem
352 brauchen wir eine Familienpolitik, die insbesondere Familien mit wenig Einkommen unterstützt und außerdem
353 dazu beiträgt antiquierte Familien- und Geschlechterbilder aufzubrechen. Der Großteil der Elternzeit wird noch
354 immer von Frauen in Anspruch genommen, häufig auch da die Familien weniger Einbußen haben, wenn die
355 Frau zuhause bleibt. Das bietet einen falschen Anreiz und muss dringend überarbeitet werden.

356 Es muss Schluss sein mit stigmatisierenden Rollenbildern, Bodyshaming, Gewalt gegen Frauen und dem se-
357 xistischen Normalzustand. Wir brauchen einen gesellschaftlichen und politischen Fortschritt der endlich den
358 Sturz des Patriarchats, die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Orientierungen und Lebensentwür-
359 fe zum Ziel hat.

360 *f) Gerechtigkeit Global denken – unsere Welt hört nicht an der Grenze auf*

361 Die gerechte Gesellschaft kann nur eine internationale Gesellschaft sein und die SPD muss sich ihrer Aufgabe
362 als internationalistische Partei bewusst sein. Wir müssen uns für die Rechte von Menschen einsetzen, unab-
363 hängig von deren Herkunft oder aktuellem Aufenthaltsort. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass wir viele
364 ernstzunehmende Probleme langfristig nur lösen können, wenn es uns gelingt sie global anzugehen. Die Eu-
365 ropäische Union ist für uns der Ort, an dem wir sehr konkret an einer gerechteren Weltordnung arbeiten kön-
366 nen. In Zeiten des globalisierten Kapitalismus können wir in Nationalstaaten keine hinreichenden Antworten
367 mehr geben. Aber um der europäischen Idee eine Zukunft zu geben, müssen wir Europa jetzt verändern. Wir
368 müssen viel stärker die Machtfrage der Wirtschaft stellen. Es muss Schluss sein damit, dass Großkonzerne na-
369 tionale Steuerrechte gegeneinander ausspielen und sich so vor ihrem Beitrag drücken können. Schluss mit der
370 Austeritätspolitik, die besonders vielen jungen Menschen eine Perspektive raubt! Wir wollen eine europäische
371 Jugendgarantie, Investitionen in die Zukunft Europas, eine Finanztransaktions- und eine Digitalsteuer. Und wir
372 werden klar Haltung zeigen gegen Nationalist*innen wie sie etwa mit Orbán und Kurz bereits in Regierungen
373 sitzen. Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Dafür werden wir im Rahmen der anstehenden Euro-
374 pawahl kämpfen. Ziel ist dabei auch, dass unsere Beschlüsse klar im Wahlprogramm Eingang finden.

375 Damit die SPD ihrer Rolle als Friedenspartei richtig ausfüllt, muss klar sein: Waffenexporte in autokratische
376 Staaten oder Diktaturen lehnen wir ab. Waffenexporte in andere Staaten darf es nur in sehr begrenzten Aus-
377 nahmen (wie Bspw. Israel) geben. Wir verlangen eine klare Positionierung der Bundesrepublik gegen das von
378 Trump noch einmal forcierte 2%-vom-BIP-Ziel für den Rüstungshaushalt. Gleichzeitig muss – auch für eine
379 wirksame Fluchtursachenbekämpfung – die Entwicklungshilfe ausgebaut werden. Das 0,7 % Ziel, welches auch
380 dieses Jahr wieder verfehlt wurde, kann dabei nur ein Anfang sein.

381 *g) Umwelt und Gerechtigkeit – Lasst uns unseren Planeten übrig!*

382 Nachhaltigkeit und der Schutz der Umwelt sind vor allem in unserer Generation wichtige Themen. Die ver-
383 schiedenen Klimakatastrophen der letzten Jahre haben uns radikal vor Augen geführt, dass die Dauerhaftigkeit
384 menschlichen Lebens auf diesem Planeten durch unsere Art des Lebens und des Wirtschaftens stark in Frage
385 gestellt wird. Für unser tägliches Leben und Handeln gibt es klar erkennbare planetare Grenzen. Der Kapitalis-
386 mus hinterlässt nicht nur in den Gesellschaften unserer globalisierten Welt tiefe Spuren, sondern schreibt sich
387 tief in unsere Erde ein. Schon heute gibt es auf unserem Planeten ganze Regionen, in denen die natürlichen
388 Grundlagen menschlichen Lebens zerstört wurden. Leidtragende dieser Entwicklungen sind sowohl global als
389 auch in der Bundesrepublik häufig zunächst die Ärmsten unserer Gesellschaften. Deshalb ist Klimapolitik aus
390 unserer Perspektive auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit und gehört auf die sozialdemokratische Agen-
391 da!

392 Ein politisches wie gesellschaftlich stark umkämpftes Thema ist dabei die Frage der Energieversorgung und des
393 Umgangs mit fossilen Energieträgern. Die Sozialdemokratie hat hier als Schutzmacht von Arbeitnehmer*innen
394 sowie als Vorkämpferin für globale Gerechtigkeit eine besondere Verantwortung, die wir als Jusos annehmen
395 wollen. Uns ist bewusst, dass der Wandel im Energiesektor auch ein Wechsel von Marktanteilen ist und folglich
396 auf den erbitterten Widerstand von großen Energiekonzernen stoßen wird. Wir sprechen uns dennoch für eine
397 Energie-Revolution aus, die den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung der Folgen des
398 damit einhergehenden Strukturwandels vorantreibt. Quasi-genossenschaftlich organisierte Unternehmen, die
399 ihren Strom weitgehend kostenneutral an Kund*innen weitergeben, machen uns dieser Tage vor, wie es gehen
400 kann. Und das kann die öffentliche Hand auch.

401 Eine der großen Fragen dieser Tage ist zu Recht die CO₂-Bepreisung. Sie kann einen effektiven Hebel darstel-
402 len, um gewünschte Entwicklungen zur Einsparung von Treibhausgasen beschleunigen zu können. Wir unter-
403 stützen vor diesem Hintergrund im Grundsatz die aktuellen sozialdemokratischen Vorschläge für eine höhere
404 Bepreisung, die Verbraucher*innen nicht zusätzlich belastet. Diese Strategie wird jedoch nur aufgehen, wenn
405 neben der Industrie auch die Bereiche Verkehr und Wärme in den Fokus genommen werden. Insbesondere
406 der seit Jahren von der CSU verantwortete Verkehrssektor trägt heute noch viel zu wenig zu den notwendigen
407 Einsparungen bei und ist auf den sich längst vollziehenden technologischen Wandel absolut unzureichend vor-
408 bereitet. Das gefährdet nicht nur das Klima, sondern ganz konkret auch die Arbeitsplätze der Zukunft.

409 Ziel ist unter anderem die Etablierung einer Energieversorgung in öffentlicher Hand. Öffentliche Daseinsfür-
410 sorge darf nicht dem vermeintlich freien Spiel des Marktes überlassen werden. Deutschland muss mittelfristig
411 seinen Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien decken. "Wir Jusos wiederholen an dieser Stelle,
412 dass der Kohleausstieg eine Notwendigkeit ist, und halten einen Komplettausstieg aus ihrer Verstromung bis
413 2035 für erstrebenswert und geboten. Gleichwohl haben die Debatten der vergangenen Wochen und Monate
414 gezeigt, dass wir als Verband jenseits von Jahreszahlen noch keine Konzepte dafür haben, wie wir den Ausstieg
415 aus der Kohle sozialverträglich organisieren und strukturpolitisch rahmen. Hier liegt für unseren Verband ein
416 herausforderndes Tätigkeitsfeld, dem wir uns im kommenden Jahr auf Bundesebene widmen werden. Dabei
417 wollen wir uns von einer Haltung leiten lassen, die sich durch die Verknüpfung des ökologisch gebotenen mit
418 dem sozial notwendigem auszeichnet. Aus der Perspektive eines sozialistischen Jugendverbandes muss es in
419 der Frage des ökologischen Wandels nämlich auch darum gehen, den Betroffenen der Energierevolution auf-
420 zuzeigen, dass diese nicht auf ihrem Rücken ausgetragen wird und ihnen auch in Zukunft Perspektiven für
421 gleichwertige und wohnortnahe Beschäftigung geboten werden. Gleichzeitig müssen wir den vorwiegend na-
422 tionalen Rahmen der Klimadiskussion sprechen und Widersprüche klären, die sich zum Beispiel durch den
423 gegenwärtig prognostizierten Import von Kohle- und Atomstrom aus unseren europäischen Nachbarstaaten
424 ergeben.

425 Diese inhaltlichen Punkte verstehen wir als grundlegend aber keinesfalls als abschließend. Um als Verband
426 die anstehenden Prozesse weiter zu begleiten, werden wir im nächsten Jahr unsere Inhalte zusammentragen,
427 diskutieren und wo notwendig weiterentwickeln. Ziel ist die Formulierung eines aktualisierten jungsozialisti-
428 schen Programms, das unter anderem an die Tradition der Herforder Thesen sowie der 63 Thesen für eine
429 Linke der Zukunft anknüpft. Der Prozess umfasst Inputs aus unseren Ideenlaboren, der Bündnisarbeit, den
430 Verbandsprojekten, sowie eine Gesamtschau unserer Beschlusslagen seit den 63 Thesen. Er soll den Links-
431 wendekongress erfassen und letztlich in einer Beschlussfassung auf dem Bundeskongress 2019 münden. Der
432 Juso-Bundesvorstand wird im Rahmen seiner bisherigen Planungen gezielt Räume für diesen Prozess schaf-
433 fen.

434 ***II.2 Jünger, weiblicher, linker? Das letzte Jahr und die Machtfrage in der SPD***

435 Die Erfahrungen seit dem letzten Bundesparteitag machen deutlich: Wir müssen die Machtfrage in unserer
436 Partei stellen. Deshalb werden wir auf dem nächsten Wahlbundesparteitag mit mehreren frischen Genoss*In-
437 nen antreten und junge und linke Kandidat*Innen bei ihren Kandidaturen unterstützen. Ziel muss es sein,
438 die Mehrheitsverhältnisse in der SPD zu ändern und somit das Fundament für fortschrittliche Politik zu schaf-
439 fen. Dafür muss im Vorfeld kluge Bündnisarbeit in der Partei geleistet werden. Wir wollen dabei mit allen
440 zusammenarbeiten, die mit Stillstand in der SPD unzufrieden sind, ihre Hoffnung auf einen linken Zukunfts-
441 und Politikentwurf setzen und dabei bereit sind, diese Positionen konsequent gemeinsam zu vertreten. Linke
442 Mehrheiten in der SPD müssen sich endlich politisch durchsetzen. Hierzu gehört allerdings auch, dass wir die
443 bisherigen Bündniskonstellationen kritisch evaluieren.

444 ***II.3 Doppelstrategie leben – PartnerInnen in der politischen Linken suchen.***

445 Wir Jusos werden uns aber nicht nur innerhalb unserer Partei für linke Politik stark machen, sondern engagie-
446 ren uns zudem in linken Bündnissen. Diesen Einsatz im Sinne der Doppelstrategie begreifen wir als Teil eines
447 weitergehenden Kampfes für eine sozialistische und geschlechtergerechte Gesellschaft. Es ist uns ein Anliegen,
448 neue linke Bewegungen aufzubauen und zu unterstützen, die ausgehend von den gegenwärtig entstehenden
449 Möglichkeiten progressiver Politik gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. Autoritäre Besser-
450 wissler*innen-Zusammenschlüsse, die sich aus Imagegründen Bewegung nennen, lehnen wir ab.

451 Gemeinsam mit anderen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen haben wir daher den Versuch begon-
452 nen, gemeinsam Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu erarbeiten und wollen künftig mit gemeinsamen

453 Aktionen als starke linke Bewegung in Erscheinung treten. Diese Bewegung heißt #OurFuture – holen wir uns
454 unsere Zukunft zurück! Der OurFuture-Prozess soll die gesellschaftliche Linke übergreifen: von der radikalen
455 Linken bis zur bürgerlichen Mitte, antikapitalistische und ökologische Gruppen, Gewerkschaften und feminis-
456 tische Bewegungen, antirassistische und transnationale Organisationen kommen zusammen und erarbeiten
457 gemeinsam eine Perspektive, Strategie und konkrete Aktionen, um zusammen bessere Verhältnisse zu er-
458 kämpfen. Dabei wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die sich auf einen emanzipatorischen Konsens eini-
459 gen können. #OurFuture ist eine fortschrittliche Bewegung – wir wollen hinter keine der Errungenschaften,
460 die wir in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, zurück. Unser Konsens ist also feministisch, transnational,
461 antiautoritär und klar gegen jeden Rassismus und Antisemitismus.